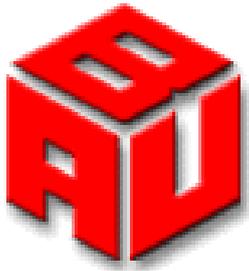




Besoldung in Rheinland-Pfalz



Eine Chronologie der Aktionen
des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaf-
ten im öffentlichen Dienst seit 2007



**Beamtinnen und Beamte im
DGB Rheinland-Pfalz**

Herausgeber: DGB Rheinland-Pfalz, Kaiserstr. 26-30, 55116 Mainz
Dietmar Muscheid

Bearbeitung und Layout: Martin Benner, Astrid Clauss

Erschienen April 2009

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

durch die Föderalismus-Reform I ist neben anderen Regelungen die Zuständigkeit für die Bezahlung der Beamtinnen und Beamten auf die Länder übergegangen.

Seit dieser Zeit mussten wir verstärkt in Rheinland-Pfalz aktiv werden, unsere Aktionen planen und im Land durchführen. Die erforderlichen Auseinandersetzungen waren nicht einfach und sie haben nicht in jedem Fall zum Erfolg geführt.

In der Rückschau können wir aber feststellen:

Sie haben uns stärker gemacht und dazu geführt, dass die Landesregierung und die Regierungsfraktion im Landtag die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses der Länder (TV-L) auf die Beamtinnen und Beamten des Landes und der Kommunen auf den Weg gebracht haben.

Das ist ein Erfolg, den wir dem engagierten Streiten der Kolleginnen und Kollegen in unseren DGB Gewerkschaften zu verdanken haben.

Mit dieser Dokumentation möchten wir all denen Danke sagen, die dabei gewesen sind, und alle anderen ermuntern, in Zukunft auch dabei zu sein.

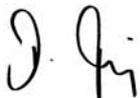
Die abgeschlossene Tarif- und Besoldungsrunde für die Länder hat sehr deutlich gezeigt, wie wichtig es ist, dass Tarifbeschäftigte und Beamte gemeinsam für ihre Interessen eintreten. Wir dürfen uns auch in Zukunft nicht auseinander dividieren lassen.

Beamtinnen und Beamte gehören in unsere Gewerkschaften und sie haben dort auch ihren Platz.

Wir haben mit der Übertragung des Tarifergebnisses ein Zwischenziel erreicht, doch die nächsten Herausforderungen stehen bereits vor der Tür. Bei der Diskussion um ein neues Landesbeamtengesetz werden wir unser Projekt „Verhandeln und Verordnen“ erneut in die Diskussion einbringen und weiter für die Interessen der Beamtinnen und Beamten in Rheinland-Pfalz streiten.

DGB Gewerkschaften sind immer eine gute Wahl - nicht nur bei den Personalratswahlen!

Mainz, April 2009



Landesvorsitzender
DGB Rheinland-Pfalz



Abteilungsleiterin
Öffentlicher Dienst / Beamte
im DGB Rheinland-Pfalz

2006

Damals hat alles angefangen:

Am **10. Mai 2006** errichteten die DGB Gewerkschaften einen Schlagbaum auf der Theodor-Heuss-Brücke zwischen Mainz (Rheinland-Pfalz) und Wiesbaden (Hessen), um gegen die Föderalismusreform I zu protestieren. Das Motto: Politik spaltet, Brücken verbinden!



Der SWR berichtete darüber in seinen Nachrichten:



Beamten-Demo für einheitliches Besoldungsrecht

Mit einem Marsch über die Theodor-Heuss-Brücke zwischen Mainz und Wiesbaden haben mehr als 2.000 Beamte für eine bundeseinheitliche Besoldung und Altersversorgung demonstriert. Die Aktion stand unter dem Motto "Politik spaltet - Brücken verbinden".

Zu der Demonstration waren nach Gewerkschaftsangaben Beschäftigte aus verschiedenen Bundesländern angereist. Auf der Theodor-Heuss-Brücke errichteten sie symbolisch ein Zollhäuschen, um auf die drohende Spaltung zwischen den Ländern hinzuweisen. "Die Einheitlichkeit des Beamtenrechts hat sich bewährt", sagte ver.di - Bundesvorstandsmitglied Christian Zahn zum Anlass der Protestaktion. Er forderte die Bundesregierung zu Änderungen bei der Föderalismusreform auf.

Die geplante Übertragung der Zuständigkeit für die Beamtenbesoldung auf die Länder führt auch nach Ansicht des rheinland-pfälzischen DGB zurück in die "mittelalterliche Kleinstaaterei". Es könne nicht sein, dass mit dieser Reform finanzschwache Länder gegenüber finanzstarken benachteiligt würden. Einen solchen Wettbewerb könne Rheinland-Pfalz nur verlieren. Der hessische DGB-Vorsitzende Stefan Körzell sagte: "Eins ist doch klar: Die Länder wollen die Gesetzgebungskompetenz, um ihre Haushalte zu sanieren."

<http://www.swr.de/nachrichten/rp/-/id=1682/nid=1682/did=1244014/19a9bpu/index.html>

Wir haben von Anfang an vor der drohenden „Kleinstaaterei“ gewarnt und die Politik an die Erfahrungen der 70er Jahre erinnert. Damals haben gerade die Bundesländer darauf gedrängt, die Regelungen zu vereinheitlichen, weil sie den Wettbewerb untereinander nicht mehr ausgehalten haben. Dies hat letztendlich zum Besoldungsmoratorium und in Abstimmung mit den Bundesländern zum gemeinsamen Bundesbesoldungsgesetz geführt.

2007

Das Jahr 2007 sollte für die Beamtinnen und Beamten ein kämpferisches werden. Gleich zu Jahresbeginn machten die Kolleginnen und Kollegen der Gewerkschaft der Polizei (GdP) mit einer besonderen Aktion auf sich aufmerksam: Sie setzten die Abgeordneten des rheinland-pfälzischen Landtags auf Diät – im Übertragenen Sinne:

15.01.2007 – Die von der Landesregierung für Mitte des Jahres geplante Besoldungserhöhung von 0,5 Prozent ist eher eine Besoldungsverhöhung.

Die Diäten der Mitglieder des Landtags wurden zum 1. Januar 2007 um 0,5 Prozent angehoben. In der Gesetzesbegründung hierzu wurde angeführt, die Abgeordneten dürfen nicht von der allgemeinen Besoldungsentwicklung abgekoppelt werden. Für die Beamtinnen und Beamten soll aber diese Begründung keine Gültigkeit haben, obwohl sie in den Jahren 2005 und 2006 Nullrunden hinzunehmen hatten. Und der Bund plant für seine Beamtinnen und Beamten die Einmalzahlungen aus dem TVöD zu übernehmen. Auch andere Länder planen für das Jahr 2007 Einmalzahlungen und ab 1. Januar 2008 analog dem Tarifbereich eine weitere Besoldungserhöhung von 2,9 Prozent. Die Beamtinnen und Beamtinnen des Landes dürfen nicht von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt werden, die Spaltung im öffentlichen Dienst darf nicht weiter um sich greifen.

Als Protestmaßnahme hat die GdP die Aktion „Diätschokolade zur Weihnachtszeit“ durchgeführt. Mitglieder der GdP haben ihren Abgeordneten zum Jahreswechsel eine Tafel Diätschokolade geschickt, um auf die nicht gerechtfertigte unterschiedliche Verfahrensweise zwischen Diätenerhöhung ab Januar und Besoldungsverhöhung erst ab Juli hinzuweisen.

„Wenn man uns weiter finanziell auf Diät setzt, leiden wir an Magersucht und die ist bekanntlich eine Krankheit. Ein kranker öffentlicher Dienst kann nicht gewollt sein“, so der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Heinz-Werner Gabler.

Quelle: RP-Deutsche Polizei 2/2007



Die Reaktionen der Landtagsabgeordneten auf die Diät-Schokolade ließen nicht lange auf sich warten. In persönlichen Briefen antworteten sie auf die Versendung der Diät-Schokolade durch Mitglieder der GdP. Hier einige Auszüge aus Briefen an die GdP-Kollegen:

„Somit ist die durch den Landtag vorgenommene Entscheidung kein Ausdruck unterschiedlicher Bewertung der Arbeit von Abgeordneten und der Arbeit von Beamtinnen bzw. Beamten, sondern lediglich eine der seltenen Anpassungen der Abgeordneten an die Preisentwicklung.“ – Malu Dreyer, SPD

„Vielen Dank für Ihre guten Wünsche und den Diätgruß. Wie Sie vielleicht wissen, benötige ich weder Diät, noch Diäten. Ihr Missvergnügen verstehe ich bestens. Aber Sie sind politikerfahren genug und wissen, dass es oft gute Gründe für und gegen eine Entscheidung gibt. Der Polizei würde ich eine gute Honorierung jedenfalls gönnen.“ – Ute Schellhaaß, FDP

„Ich weiß aus den sorgfältigen Diskussionen dieses Themas in meiner Fraktion, dass allen Kolleginnen und Kollegen klar ist, dass die Entwicklung der Diäten und die Entwicklung der Einkommen im öffentlichen Dienst, aber auch in der freien Wirtschaft unseres Landes Rheinland-Pfalz, zusammenpassen müssen sich auf Dauer nicht auseinander entwickeln dürfen. Andernfalls wird man in Zukunft kaum hochqualifizierte Menschen für die Arbeit in den Parlamenten gewinnen können mit dann negativen Auswirkungen für die Bürgerinnen und Bürger.“ – Christian Baldauf, CDU

„Ihre ironischen „Weihnachtsgrüße“ habe ich gelesen. Bei allem Verständnis für Ihre kritische Haltung, bin ich über Stil und Tonart Ihrer Zuschrift erstaunt... Ich darf daher nochmals um Verständnis bitten, dass ein größerer Spielraum bei den Besoldungserhöhungen

schlichtweg nicht finanzierbar ist... Schließlich bitte ich hinsichtlich der moderaten Besoldungsanpassungen, die auch den Polizeibereich betreffen, zu berücksichtigen, dass die rheinland-pfälzische Landesregierung für den Bereich der Inneren Sicherheit in den zurückliegenden Jahren sehr viel geleistet hat." – Kurt Beck, SPD

Traditionell ging es am 18.01.2007 mit Aktionen zum Jahresanfang weiter. Die Heiligen drei Könige unterwegs in Mainz. Im Landtag überbrachten sie Diät-Schokolade, um die Kampagne der GdP zu unterstützen.

Diätenerhöhung / Beamtenbesoldung



Vertreterinnen und Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner Mitgliedsgewerkschaften im öffentlichen Dienst überreichen heute im Rahmen einer Protestaktion vor dem rheinland-pfälzischen Landtag durch die „Heiligen Drei Könige“ einen Korb Diät-Schokolade an den Landtagspräsidenten.

Mit dieser Aktion wollen die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter auf die Einkommenssituation bei den Beamtinnen und Beamten in Rheinland-Pfalz auf-

merksam machen. Muscheid: "Nachdem die Beamtinnen und Beamten schon jahrelang auf Diät gesetzt worden sind, sollen sie jetzt selbst die magere Besoldungserhöhung von 0,5 % ein halbes Jahr später als die Abgeordneten er-

halten. Das verstehe, wer will. Wir können es jedenfalls nicht nachvollziehen. Beamtinnen und Beamte mussten lange genug für die Sanierung des Landeshaushaltes herhalten. Damit muss jetzt Schluss sein. Auch diese Beschäftigtengruppe hat das Recht darauf, an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilzuhaben. Die Zeit der Diät muss endlich vorbei sein! Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses für den öffentlichen Dienst auf die Beamtinnen und Beamten."

Der DGB und die Gewerkschaften hätten erwartet, dass für die Beamtinnen und Beamten wenigstens das Gleiche gelte wie für die Abgeordneten, so Muscheid.



gekürzt aus: DGB-RLP-PRESSEMITTEILUNG 06/2007, 18.01.2007

Am 14.02.2007 fordert der DGB den Ministerpräsidenten Kurt Beck auf, sich für Lohnsteigerungen einzusetzen, die wirtschaftliche Lage gäbe das her:

Tarifrunde 2007

Die wirtschaftliche Lage entwickle sich weiter ausgesprochen gut. Mit einem Wirtschaftswachstum von 2,7% in 2006 habe der Aufschwung alle Erwartungen übertroffen und setze sich auch 2007 fort. Diese Spielräume müssten jetzt für deutliche Lohnerhöhungen genutzt werden, forderte der rheinland-pfälzische DGB Landesvorsitzende, Dietmar Muscheid, heute in Mainz.

Muscheid: „Die Arbeitnehmer haben nach Jahren der Lohnzurückhaltung ein deutliches Lohnplus verdient. Arbeitnehmer und Gewerkschaften haben z.B.

mit einer moderaten Lohnpolitik entscheidend zu der positiven wirtschaftlichen Entwicklung beigetragen. Daran sollten sich auch die Arbeitgeber erinnern.“ Muscheid forderte die Arbeitgeber weiter dazu auf, die Verhandlungen zügig und ergebnisorientiert zu führen. Für die üblichen Rituale – langwierige und zähe Verhandlungen – gäbe es überhaupt keinen Anlass. Wer Lohnerhöhungen wie der Präsident des Zentralverbandes Deutsches Bau-gewerbe (ZDB), Löwenstein, unisono ablehne, der provoziere Auseinandersetzungen und dies sei schädlich für den Standort Deutschland. Muscheid: „Wir fordern Ministerpräsident Kurt Beck auf, seinen Worten Taten folgen zu lassen und sich für eine reale Steigerung von Löhnen und Gehältern auch im öffentlichen Dienst einzusetzen.“

gekürzt aus: DGB-RLP-PRESSEMITTEILUNG 15/2007; 14.02.07

Am **08.03.2007** fand die Landtagsanhörung im Haushalts- und Finanzausschuss (HuFA) zum Gesetzentwurf „Neuordnung der Altersteilzeit bei den Beamtinnen und Beamten und der Absenkung der Eingangsbesoldung“ statt. Zu beiden Fragen organisierte der DGB eine Unterschriftenaktion:

Beamte / Landtagsanhörung

Der DGB und seine Gewerkschaften kritisierten in der heutigen Landtagsanhörung vehement die vorgesehenen Maßnahmen zur Neuregelung der Altersteilzeit und der Absenkung der Eingangsbesoldung für die Beamtinnen und Beamten in Rheinland-Pfalz.

Muscheid: „Nach Jahren der Kürzungen und des Sparens ist es an der Zeit, dass Rheinland-Pfalz positive Signale für seine Beschäftigten setzt und ihnen eine Perspektive bietet. Einkommenskürzungen und längere Lebensarbeitszeit sind dies nicht. Gerade unser Ministerpräsident der sich immer für einen einheitlichen öffentlichen Dienst eingesetzt hat, darf sich jetzt nicht zum bundesweiten Vorreiter einer einseitigen Kürzungspolitik machen.“

Rheinland-Pfalz will für Berufseinsteiger die Eingangsbezahlung für drei Jahre um eine Besoldungsgruppe absenken. In Zeiten eines Überangebots an Bewerberinnen und Bewerbern glaubt man offensichtlich, sich dies leisten zu können.

Muscheid: „Wir werden mit einer solchen Regelung den Kampf um die besten Köpfe verlieren. Ich kann es keinem jungen Menschen verdenken, wenn er nach der Ausbildung dorthin geht, wo er am meisten verdient. Gerade in jungen Jahren, wenn man vielleicht vorhat, eine Familie zu gründen, braucht man jeden Cent. Eine solche Regelung ist mittelfristig eine personalpolitische Katastrophe, die nicht oder nur schwer korrigiert werden kann.“

Die vorgesehene Neuregelung der Altersteilzeit bedeutet für die Beschäftigten - wenn sie weiterhin mit 65 in Pension gehen wollen - erhebliche finanzielle Einschränkungen. Die finanziellen Einbußen belaufen sich 5 Jahre lang auf rd. 300 Euro bzw. 400 Euro netto pro Monat. Dies können sich die wenigsten der rheinland-pfälzischen Beamtinnen und Beamten leisten. Nur wer freiwillig die Lebensarbeitszeit bis 68 verlängert, erhält eine monatliche Zahlung, die dem derzeitigen Altersteilzeitentgelt entspricht.

Muscheid: „Das kann niemand wollen. Anstatt das Ausbildungs- und Einstellungsverhalten zu ändern und so zu einer Entlastung auf dem Ausbildungsmarkt beizutragen, werden die Beschäftigten ‚freiwillig‘ gezwungen, ihre Lebensarbeitszeit um drei Jahre zu verlängern. Wir fordern den Landtag auf, das Gesetz zurückzuweisen und bieten der Landesregierung an, stattdessen mit uns in einen konstruktiven Dialog über die zukünftige Ausrichtung und Ausgestaltung des öffentlichen Dienstes, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger und der Beschäftigten, einzusteigen.“

gekürzt aus: DGB-RLP-PRESSEMITTEILUNG 31/2007; 08.03.07

In einem Brief an den Kurt Beck forderte der DGB-Landesvorsitzende Dietmar Muscheid den Ministerpräsidenten dazu auf, Verhandlungen zur Besoldungserhöhung aufzunehmen:

26.04.2007

Verhandlungen über Besoldungserhöhungen für die Beamtinnen und Beamten in Rheinland-Pfalz

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
durch die von uns nicht gewollte Föderalismusreform im Bereich des öffentlichen Dienstes ist eine gänzlich neue Situation im Bereich der Beamtinnen und Beamten von Land und Kommunen entstanden. Zukünftig wird die Besoldung für diesen Personenkreis ausschließlich auf der Landesebene geregelt.

Sie haben bereits in Ihrer Regierungserklärung im letzten Jahr Ihre Vorstellungen zur Besoldungsanpassung für die Jahre 2007 und 2008 öffentlich dargestellt.

Der DGB als Spitzenorganisation für die Beamtinnen und Beamten hat gegenüber der Landesregierung im Gegenzug die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses für den öffentlichen Dienst gefordert. Dies entspricht unserer Vorstellung von einer Gleichbehandlung im öffentlichen Dienst.

Die finanzielle Situation der Beamtinnen und Beamten hat sich in den letzten Jahren durch verschiedene Strukturmaßnahmen zum Teil erheblich verschlechtert. (...)

Wir haben durchaus Verständnis dafür, dass Rheinland-Pfalz Zukunftsinvestitionen insbesondere in die Bildung tätigen will.

Ich muss an dieser Stelle jedoch auch darauf hinweisen, dass die wichtigste Ressource für einen zukunftsfähigen und erfolgreichen öffentlichen Dienst die Beschäftigten und damit auch die Beamtinnen und Beamten sind. Oder, um es auf den Punkt zu bringen, eine zukunftsorientierte Bildungspolitik ohne motivierte und engagierte Lehrerinnen und Lehrer ist unmöglich. (...)

Anerkennung von beruflichem Engagement erfolgt ganz wesentlich über Bezahlung. Dieser Motivationsfaktor darf daher in den Überlegungen nicht vernachlässigt werden.

Neben der Situation in Rheinland-Pfalz gilt es auch zu berücksichtigen, was in anderen Bundesländern, die nicht unbedingt eine bessere Haushaltssituation haben, in Sachen Besoldungserhöhung gemacht wird. (...) Neben dem Bund planen immerhin elf Bundesländer - darunter auch unsere Nachbarländer Hessen, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Baden-Württemberg - zumindest für das Jahr 2007 - teilweise auch für das Jahr 2006 - die Ausbringung von Einmalzahlungen an ihre Beamtinnen und Beamten. Leider hat Rheinland-Pfalz bis jetzt keinerlei Überlegungen in diese Richtung angestellt. (...)

Wir fordern Sie daher auf, mit uns - möglichst umgehend - Gespräche über eine angemessene Besoldungserhöhung aufzunehmen. Wir wollen mit Ihnen gemeinsam versuchen, Möglichkeiten auszuloten, Kompromisse zu finden und einen konstruktiven Dialog über die Weiterentwicklung des Dienstrechts für Rheinland-Pfalz zu führen.

In Erwartung einer positiven Antwort Ihrerseits verbleibe ich
Dietmar Muscheid

Am 27.04.2007 forderte der DGB die Landesregierung auf, das Tarifergebnis auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen:

Besoldung Beamte

DGB fordert Ministerpräsident Beck zu Verhandlungen auf

Der DGB und die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben Ministerpräsident Kurt Beck heute zu Verhandlungen über eine Besoldungserhöhung für die rd. 63.000 rheinland-pfälzischen Beamtinnen und Beamten aufgefordert. Die finanzielle Situation der rheinland-pfälzischen Beamten habe sich durch die Rotstiftpolitik der Landesregierung in den letzten Jahren erheblich verschlechtert, stellte der rheinland-pfälzische DGB Landesvorsitzende, Dietmar Muscheid, in Mainz fest.

Ein Ergebnis der Föderalismusreform ist, dass zukünftig die Besoldung der Beamten nicht mehr bundeseinheitlich geregelt wird. Rheinland-Pfalz kann eigene Regelungen treffen. Das Land weigert sich, das Tarifergebnis für den öffentlichen Dienst auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen, sondern will nur rd. 0,5% mehr zahlen.

Muscheid: „Wir verkennen nicht die Haushaltsituation des Landes. Die Landesregierung übersieht allerdings, dass die Bezahlung nach wie vor ein wesentlicher Motivationsfaktor ist und Rheinland-Pfalz durch sein restriktives Verhalten zwischenzeitlich eine Außenseiterrolle einnimmt.“

Zahlreiche Bundesländer wie Hessen, Nordrhein-Westfalen, Saarland oder Baden-Württemberg haben mit den Gewerkschaften Verhandlungen geführt und lineare Besoldungserhöhungen bzw. Einmalzahlungen vereinbart. Muscheid: „Es stößt auf wenig Verständnis, dass dies in Rheinland-Pfalz bisher nicht möglich war.“

Der DGB fordere die Landesregierung auf, möglichst umgehend Gespräche über eine angemessene Besoldungserhöhung aufzunehmen.

Das fordern die Gewerkschaften:

- Jahressonderzahlung zum 1.7.2007
 - für den mittleren Dienst 900 €
 - für den gehobenen Dienst 600 €
 - für den höheren Dienst 450 €
- Anhebung der Besoldung für alle Beamtinnen und Beamten des Landes ab 1.1.2008 um 2,9 Prozent
- Verzicht auf die Absenkung der Eingangsbesoldung nach erfolgreich absolvierter Ausbildung

V.i.S.d.P.: Thomas Will + GdP RP + Nikolaus-Kopernikus-Str. 15, 55129 Mainz
Tel.: 06131 - 960090 - www.gdp-rp.de

Dann ein erster Erfolg für die Arbeit des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften im öffentlichen Dienst: Die SPD-Fraktion und der Ministerrat verzichteten am 15. / 16.05.2007 auf die Absenkung der Eingangsbesoldung; der DGB forderte nochmals, das Tarifergebnis zu übertragen:

Beamte

Die vom DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften wiederholt geäußerte Kritik an der Absenkung der Eingangsbesoldung für die Beamtinnen und Beamten in Rheinland-Pfalz sei offensichtlich auf fruchtbaren Boden gefallen. Dies sei eine gute Entscheidung für das Land und die rheinland-pfälzischen Beamtinnen und Beamten, erklärte der rheinland-pfälzische DGB-Landesvorsitzende, Dietmar Muscheid, heute in Mainz.

Nachdem sich gestern das Kabinett für eine Rücknahme der Besoldungskürzung ausgesprochen hatte, hat sich heute auch die Regierungsfraktion der SPD diesem Votum angeschlossen. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften haben in den vergangenen Monaten u. a. in der Landtagsanhörung immer wieder auf die verheerenden Folgen einer solchen Regelung für die Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst hingewiesen.

Muscheid: „Dies ist ein Erfolg für unsere Politik. Unsere Argumente haben sich durchgesetzt. Die Entscheidung gegen die Kürzung der Eingangsbesoldung ist eine Entscheidung für die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in Rheinland-Pfalz, aber nicht ausreichend.“

Der DGB fordere die Landesregierung nachdrücklich auf, das für den öffentlichen Dienst erreichte Tarifergebnis von 2,9 % endlich auch auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen. Was in Hessen möglich sei, müsse auch in Rheinland-Pfalz machbar sein, so Muscheid.

gekürzt aus: DGB-RLP-PRESSEMITTEILUNG 67/2007; 16.05.07

Eine Gemeinsame Erklärung von DGB und FDP am **16.06.2007** forderte ein Ende der Sparpolitik auf dem Rücken der Staatsdiener:

Beamtenbesoldung

Den Beamten in Rheinland-Pfalz dürften keine weiteren einseitigen Belastungen zugemutet werden, erklärten der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, Herbert Mertin und der DGB-Landesvorsitzende Dietmar Muscheid, während eines Gesprächs der FDP-Fraktion mit dem DGB-Landesvorstand in Mainz.

In den vergangenen Jahren seien den Beamten auf Grund weg brechender Einnahmen bei den öffentlichen Haushalten eine Reihe von Belastungen zugemutet worden. Bei nun verbesserter Einnahmesituation dürften die Beamten in Rheinland-Pfalz nicht von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt werden, forderten Muscheid und Mertin.

Es müsse auch sichergestellt werden, dass qualifizierte Bewerber für den öffentlichen Dienst nicht einen Bogen um Rheinland-Pfalz machen, weil sie in anderen Bundesländern höhere Einkünfte erzielen könnten. Deshalb sei die jetzt vorgeschlagene Besoldungserhöhung von 0,5 Prozent nicht angemessen. Zahlreiche Bundesländer, wie Baden-Württemberg, Hessen und Niedersachsen haben mit den Gewerkschaften Verhandlungen geführt und lineare Besoldungserhöhungen bis 3 Prozent bzw. Einmalzahlungen vereinbart. Muscheid und Mertin erklärten, dass in Rheinland-Pfalz schon mehr möglich sein müsse, als die nun angebotenen 0,5 Prozent

gekürzt aus: DGB-RLP-PRESSEMITTEILUNG 78/2007, 16.06.2007

Mit der Aktion „Gerupftes Huhn“ demonstrierte der DGB bei einem Beteiligungsgespräch zur Besoldung **am 29.06.2007** vor dem Finanzministerium:



Beamte demonstrierten vor Finanzministerium – Geplante Besoldungserhöhung ruft Unmut hervor:

Anlässlich einer ersten Anhörung der Gewerkschaften zur geplanten Besoldungserhöhung der Landes- und Kommunalbeamtinnen und -beamten durch das Finanzministerium demonstrierten am 29. Juni 2007 Betroffene vor dem Ministerium der Finanzen in Mainz.

Die seitens der Landesregierung beabsichtigte Erhöhung von durchschnittlich 1% ab dem 01. Juli 2007 hängt nach Auffassung der ver.di die Beamtinnen und Beamten in Rheinland-Pfalz weiter von der allgemeinen Einkommensentwicklung ab.

ver.di fordert gemeinsam mit dem DGB die Übertragung des Tarifergebnisses für die Tarifbeschäftigten des Landes und der Kommunen auf die Beamtinnen und Beamten.

Beamte

Die Beamtinnen und Beamte hätten in den letzten Jahren durch Einkommensverluste ganz wesentlich zur Konsolidierung der Landesfinanzen beigetragen, in diesem Jahr müsse eine adäquate Einkommenserhöhung möglich sein, erklärte der rheinland-pfälzische DGB Landesvorsitzende, Dietmar Muscheid, heute in Mainz.

Muscheid: „Die Landesregierung muss zur Kenntnis nehmen, was in

anderen Bundesländern möglich ist. Wir wollen einen Gleichklang mit den Tarifbeschäftigten. Dies ist nach mehreren Nullrunden und Kürzungen bei Urlaubs- und Weihnachtsgeld, nicht mehr als recht und billig.“

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften werden diese Forderung heute in einer Anhörung im Finanzministerium noch einmal ausdrücklich bekräftigen.



Muscheid: „Wer qualitativ hochwertige Dienstleistungen im öffentlichen Dienst will, der muss seine Beschäftigten auch ordentlich bezahlen. 24 Euro netto mehr für einen Feuerwehrmann reicht da nicht aus.“

gekürzt aus: DGB-RLP-PRESSEMITTEILUNG 85/2007, 29.06.07

Am **01.08.2007** startete die Aktion „**Wir wollen unser Stück vom Kuchen**“:

Beamte

Die Pläne der Landesregierung, die Bezahlung für die rund 63.000 Beamtinnen und Beamten in Rheinland-Pfalz je nach Besoldungsgruppe um 0,5% bis 1,7% erhöhen zu wollen, seien nicht akzeptabel, kritisierte der rheinland-pfälzische DGB Landesvorsitzende, Dietmar Muscheid, heute in Mainz.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern neben Einmalzahlungen für das Jahr 2007 eine lineare Erhöhung von 2,9% ab dem 1.1.2008.

Muscheid: „Nach Jahren der Einkommenskürzungen bei den Beamtinnen und Beamten muss jetzt mehr rauskommen als 24 Euro netto für einen Feuerwehrmann. Es kann nicht sein, dass Rheinland-Pfalz bundesweit das Schlusslicht bildet.“

Der Gesetzentwurf soll nach der Sommerpause in den rheinland-pfälzischen Landtag eingebracht werden. Im Rahmen einer Mobilisierungskampagne begleiten der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften das Verfahren mit unterschiedlichen Aktionen.

Muscheid: „Heute startet eine Plakataktion der Gewerkschaft der Polizei unter dem Motto ‚Wir wollen unser Stück vom Kuchen‘. Weitere Aktionen werden folgen. Der Landesregierung und dem Parlament muss klar sein: Wer qualitativ hochwertige Dienstleistungen haben will, muss seine Beschäftigten auch ordentlich bezahlen.“

gekürzt aus: DGB-RLP-PRESSEMITTEILUNG 98/2007, 01.08.07

Kurz darauf schreibt der DGB die Mitglieder des Landtages an, die geplante Besoldungserhöhung sei indiskutabel:

29.08.2007

Landesbesoldungs- und –versorgungsanpassungsgesetz 2007/2008, Gesetzentwurf der Landesregierung vom 21.08.2007, 1. Lesung am 29.08.2007

Sehr geehrte Mitglieder des Landtages,
in der anstehenden Plenarsitzung liegt Ihnen der Gesetzentwurf zur Besoldung und Versorgung für die Beamtinnen und Beamten in Rheinland-Pfalz zur ersten Beratung vor. (...)

Rheinland-Pfalz ist nicht nur das erste Bundesland, das einen entsprechenden Gesetzentwurf in das parlamentarische Verfahren einbringt, sondern gerade bei den in Aussicht genommenen Besoldungserhöhungen unterscheidet es sich im negativen Sinne von anderen Bundesländern.

Nachdem sich Rheinland-Pfalz im Rahmen der Diskussion um die Föderalismus-Reform I – unseres Erachtens zu Recht – vehement gegen einen Rückfall in die Kleinstaaterei ausgesprochen hat, wird jetzt durch diesen Gesetzentwurf gerade das Gegenteil bewirkt. Es steht zu befürchten, dass unser Land in Zukunft den Wettbewerb um die „besten Köpfe“ verlieren wird, weil die Beschäftigten in die besser bezahlenden Nachbarländer abwandern werden.

(...)

Die Bezahlungssituation der Beamtinnen und Beamten hat sich in den letzten Jahren durch verschiedene Strukturmaßnahmen erheblich verschlechtert. Ich weise in diesem Zusammenhang nur exemplarisch auf die zeitliche Verschiebung der Besoldungserhöhung in 2003 (...) und die gestufte Absenkung des Weihnachtsgeldes in 2003/2004 auf 50 Prozent des Monatsgehaltes hin. (...)

Wir fordern daher für die Beamtinnen und Beamten in Rheinland-Pfalz, analog dem Tarifiergebnis für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, für 2007 Einmalzahlungen in Höhe von 900 Euro für den einfachen und mittleren Dienst, 600 Euro für den gehobenen Dienst und 450 Euro für den höheren Dienst, sowie ab 1.1.2008 eine lineare Erhöhung von 2,9 %

Im Zusammenhang mit Art. 13 des Gesetzentwurfs – Kostendämpfungspauschale – möchten wir Sie noch auf eine besondere Problematik hinweisen. Die Landesregierung beabsichtigt hier, nachdem ein Verfahren vor dem Verwaltungsgericht Koblenz verloren wurde, die Kostendämpfungspauschale auf die notwendige gesetzliche Grundlage zu stellen. Für die Zukunft ist ihr dies sicherlich unbenommen. Mit dem Gesetzentwurf wird jedoch versucht, den Sachverhalt für 4 Jahre rückwirkend zu regeln. Dieses Vorhaben ist unserer Auffassung nach unzulässig. Wir fordern Sie auf, dieses Ansinnen zurückzuweisen und sind gern bereit, unsere Bedenken im Rahmen einer parlamentarischen Anhörung detailliert darzulegen. (...)

In einem weiteren Brief an die Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses fordert der DGB eine parlamentarische Anhörung zur Besoldung einzuberufen.

05.09.2007

Landesbesoldungs- und –versorgungsanpassungsgesetz 2007/2008, hier: Ausschussberatung am 06.09.2007

Sehr geehrte/r ...

in der morgigen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses sind Sie zum ersten Mal mit dem Entwurf der Landesregierung eines Landesbesoldungs- und –versorgungsanpassungsgesetzes 2007/2008 befasst. (...)

Dies bedeutet, dass viele Länder auf Rheinland-Pfalz schauen und beobachten, wie wir mit den konkreten Auswirkungen der Föderalismus-Reform I umgehen.

Besoldungserhöhung:

In der politischen Diskussion spielt immer wieder eine Rolle, dass Rheinland-Pfalz trotz aller Kürzungen in der Vergangenheit „pfeiflich“ mit seinen Beamtinnen und Beamten umgegangen sei. Insbesondere wird hierbei auf die Beibehaltung der 40-Stunden-Woche verwiesen.

Aus Sicht des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften stellt sich diese Argumentation anders dar. Rheinland-Pfalz war eines der ersten Bundesländer, das die Arbeitszeit für die Beamtinnen und Beamten auf 40 Stunden heraufgesetzt hat. Damals haben andere Bundesländer überhaupt noch nicht über die Anhebung der Wochenarbeitszeit nachgedacht. Insofern haben die Beamtinnen und Beamten Vorleistungen erbracht, für die sie jetzt ein zweites Mal „bezahlen“ sollen. (...)

Qualitativ hochwertige Arbeit braucht eine adäquate Bezahlung. Wir bitten Sie daher, sich unserer Forderung nach einer Besoldungserhöhung im Volumen des Tarifabschlusses anzuschließen. Die Besoldungserhöhung muss deutlicher ausfallen als 24 Euro netto für einen Feuerwehrmann.

(...)

Am **06.09.2007** wurde gebacken: Die „Euro-Torte“ für den Landtag (HuFA)

Beamtenbesoldung

Für die erste Besoldungserhöhung unter Föderalismusbedingungen muss mehr möglich sein, als 0,5% für die meisten, erklärte der rheinland-pfälzische DGB Landesvorsitzende, Dietmar Muscheid, heute in Mainz. Der Haushalts- und Finanzausschuss des Landtages befasst sich in seiner heutigen Sitzung zum ersten Mal mit dem Gesetzentwurf zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung. (...)



Muscheid: „Es hat in den letzten Jahren keine Gehaltserhöhungen gegeben und das Weihnachtsgeld wurde auf die Hälfte zusammen-

gestrichen. Auch für Beamtinnen und Beamte schlägt die Mehrwertsteuer zu Buche. Die angebotene Besoldungserhöhung schafft hier noch nicht einmal ansatzweise einen Ausgleich. Die meisten anderen Bundesländer orientieren sich am Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst und zahlen ab 2008 bis zu 3%. Das ist auch unser Ziel.“

Für die rheinland-pfälzischen Nachbarländer Hessen und Saarland sind neben Einmalzahlungen für das laufende Jahr 2,4% bzw. 2,9% für 2008 angekündigt, Baden-Württemberg will in zwei Stufen um jeweils 1,5% und 1,4% erhöhen. Nordrhein-Westfalen und Thüringen erhöhen die Einkommen um 2,9%.

Muscheid: „Wir verkennen nicht die Haushaltssituation des Landes. Aber Investitionen in die Zukunft sind auch Investitionen in die Beschäftigten. Hier gilt es gerade bei der Bezahlung ein Zeichen zu setzen und die Beamtinnen und Beamten nicht von der allgemeinen Lohnentwicklung koppeln. Wenn wir den Wettbewerb mit unseren Nachbarländern nicht verlieren wollen, muss dringend nachgebessert werden.“

Im Rahmen der Aktionskette „Wir wollen unser Stück vom Kuchen!“ überreichen heute Tilman Boehlkau (Landesvorsitzender GEW) und Ernst Scharbach (Landesvorsitzender GdP) den Mitgliedern des Haushalts- und Finanzausschusses im Landtag (Saal 7) um 10:00 Uhr eine „Euro-Torte“.



gekürzt aus: DGB-RLP-PRESSEMITTEILUNG 117/2007; 06.09.2007

Im **September und Oktober 2007** gab es zahlreiche Mobilisierungs-Veranstaltungen in allen DGB-Regionen, in denen noch einmal über die Situation informiert wurde und die Kolleginnen und Kollegen aufgefordert wurden, sich an weiteren Aktionen zu beteiligen.

Dies gipfelte in einer großen **Demonstration am 23.10.2007** vor dem Mainzer Landtag, an der mehr als 1000 Beamtinnen und Beamte aus ganz Rheinland-Pfalz teilnahmen.



Besoldung

Im Zusammenhang mit der heutigen Ausschuss-Anhörung demonstrieren Beamtinnen und Beamte aus Rheinland-Pfalz vor dem Landtag.

Für viele Pensionäre soll es eine weitere Nullrunde geben, da ihre Erhöhung durch die Kürzung der Versorgung ‚aufgefressen‘ wird.

Muscheid: „Die rund 63.000 Beamtinnen und Beamten haben in den letzten Jahren durch Einkommensverluste wesentlich zur Konsolidierung der öffentlichen Finanzen beigetragen. Das kann so nicht weitergehen. Unsere Politiker sollten sich sehr genau überlegen, was ihnen ihre Beschäftigten wert sind.“



Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern die Übertragung des Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich.

gekürzt aus: DGB-RLP-PRESSEMITTEILUNG 139/2007; 23.10.07



Beamtenbesoldung / Proteste

Muscheid: Beamte protestieren gegen Besoldungskürzung vor dem Landtag / über 1.000 Teilnehmer bei Kundgebung

Etwa 1.000 Beamtinnen und Beamte aus Rheinland-Pfalz demonstrierten heute im Zusammenhang mit der Ausschuss-Anhörung gegen den Gesetzentwurf der Landesregierung, nach dem die rd. 63.000 rheinland-pfälzischen Beamtinnen und Beamten ab 2008, je nach Besoldungsgruppe nur 0,5% bis 1,7% mehr bekommen sollen.



Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern mit der Demonstration die Übertragung der Tarifergebnisse auf den Beamtenbereich. Die meisten anderen Bundesländer orientieren sich am Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst und zahlen ab 2008 bis zu 3%. Das muss auch für Rheinland-Pfalz machbar sein.

Muscheid: „Wir verkennen nicht die Haushaltssituation des Landes. Die Beamtinnen und Beamten dürfen nicht bei der allgemeinen Lohnentwicklung abgekoppelt werden.“

wicklung abgekoppelt werden.“

gekürzt aus: DGB-RLP-PRESSEMITTEILUNG 140/2007; 23.10.07

Am **07.11.2007** ergab die Steuerschätzung ein Plus – dies nahm der DGB zum Anlass, nochmals eine angemessene Besoldungserhöhung für die Beamtinnen und Beamten zu fordern:

Steuerschätzung

Bei einem aktuellen Steuerplus von 1,065 Mrd. Euro für 2007 und 2008 werde noch einmal deutlich, dass die geplante Besoldungserhöhung für die Beamtinnen und Beamten des Landes von 0,5% für die Mehrzahl zu wenig ist, sagte der rheinland-pfälzische DGB Landesvorsitzende, Dietmar Muscheid, heute in Mainz.

Muscheid: „Unseren Polizisten, Lehrern und Feuerwehrleuten steht es zu, von der positiven Entwicklung des Landeshaushalts zu profitieren. Die Politiker des Landes sollten sich sehr genau überlegen, was ihnen ihre Beschäftigten wert sind.“

Etwa 780 Mio. Euro mehr als im Haushalt veranschlagt fließen Rheinland-Pfalz in diesem Jahr in die Kasse. Nach Worten des rheinland-pfälzischen Finanzministers, Ingolf Deubel (SPD), will das Land die gesamten Steuereinnahmen zur Verbesserung des Haushalts einsetzen.

Muscheid: „Die Überlegungen des Finanzministers sind berechtigt, aber dieses Plus muss auch den Beschäftigten im öffentlichen Dienst zugute kommen. Ei-

ne Besoldungserhöhung für die Beamtinnen und Beamten ist überfällig und 2,9% sind machbar.“

Der DGB fordert die Landesregierung auf, möglichst umgehend Gespräche über eine angemessene Besoldungserhöhung aufzunehmen.

gekürzt aus: DGB-RLP-PRESSEMITTEILUNG 153/2007; 07.11.07

Dann tagte am **06.12.2007** der Haushalts- und Finanzausschuss. In dieser Sitzung sollte der Beschluss über die Empfehlung zur Besoldung erfolgen – mit der Aktion „Rechenexempel“ vor dem Abgeordnetenhaus rechneten die Gewerkschaften den Ausschussmitgliedern noch einmal vor, was sie da beschließen sollen:



Beamtenbesoldung

Die Beamtinnen und Beamten hätten in den letzten Jahren durch Einkommensverluste von über 10% ganz wesentlich zur Konsolidierung der Landesfinanzen beigetragen. Damit müsse jetzt Schluss sein, erklärte der rheinland-pfälzische DGB Landesvorsitzende, Dietmar Muscheid, heute in Mainz.

Der Haushalts- und Finanzausschuss des Landtages berät ab 10:00 Uhr seine Empfehlung zum Gesetzentwurf der Landesregierung in Sachen Erhöhung der Einkommen für die rund 63.000 Beamtinnen und Beamten in Rheinland-Pfalz. Muscheid: „Die meisten Bundesländer orientieren sich bei den Gehaltserhöhungen an den Tarifabschlüssen für den öffentlichen Dienst. Das ist auch unsere Forderung für Rheinland-Pfalz. Ein halbes Prozent für die meisten Beamten und eine Nullrunde für viele Pensionäre sind nicht akzeptabel.“

Der Gesetzentwurf der Landesregierung sieht eine nach Besoldungsgruppen gestaffelte Erhöhung von 0,5% bis 1,7% vor. Rund 85% aller Beamtinnen und Beamten sollen nach dieser Regelung nur 0,5% erhalten. Bei den Pensionären wird diese Erhöhung durch eine gleichzeitige Kürzung von 0,54% aufgezehrt. Demgegenüber fordert der DGB für 2007 Einmalzahlungen und für 2008 eine lineare Erhöhung von 2,9%.

Muscheid: „Wir begrüßen die Initiative der CDU für eine Erhöhung im Umfang des Tarifabschlusses. Wir fordern den Haushalts- und Finanzausschuss auf, die Initiative zu übernehmen und mit seiner Empfehlung ein Zeichen für die Beschäftigten zu setzen. Wer qualitativ hochwertige Leistungen will, muss seine Beschäftigten auch adäquat bezahlen.“

gekürzt aus: DGB-RLP-PRESSEMITTEILUNG 170/2007; 06.12.07

Nach der FDP gab es am **08.12.2007** eine gemeinsame Erklärung der CDU und des DGB zur Übertragung des Tarifabschlusses auf die Beamtinnen und Beamten:

Beamtenbesoldung

Den Beamtinnen und Beamten in Rheinland-Pfalz dürften keine weiteren einseitigen Belastungen zugemutet werden, erklärten der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Christian Baldauf, und der DGB-Landesvorsitzende, Dietmar Muscheid, heute in Mainz. Beide waren sich einig, dass die durch die Landesregierung vorgesehene Besoldungserhöhung nicht ausreichend sei.

Für mehr als 85% aller Beamten würde das Vorhaben der Landesregierung eine Erhöhung von nur 0,5% bedeuten, während sich die angrenzenden Bundesländer am Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst orientieren und bis zu 2,9% zahlen wollen.

Es besteht die Gefahr, dass dieses Einkommensgefälle dazu führen wird, dass qualifizierte Bewerber für den öffentlichen Dienst einen Bogen um Rheinland-Pfalz machen, weil sie in anderen Ländern höhere Einkünfte erzielen können. Nach mehreren Nullrunden und Kürzungen in den letzten Jahren, sei es jetzt an der Zeit auch in Rheinland-Pfalz die Einkommen der Beamtinnen und Beamten im Umfang des Tarifabschlusses zu erhöhen, erklärten Muscheid und Baldauf übereinstimmend.

gekürzt aus: DGB-RLP-PRESSEMITTEILUNG 171/2007; 08.12.07

Zum Landtagsplenum im **Dezember 2007** versammelten sich nochmals mehr als 1000 Beamtinnen und Beamten vor dem Landtag, um ihrem Unmut Luft zu machen.



Zum **Jahresende 2007** kam der DGB zu einem ernüchternden Ergebnis: Die Besoldungspolitik der Landesregierung ist unglaublich, so die Jahresbilanz am 30.12.2007

Landesregierung

Die Zusammenarbeit mit der Landesregierung im Jahr 2007 habe wichtige Impulse gesetzt, jedoch nicht nur Licht sondern auch Schatten gezeigt, erklärte der DGB Landesvorsitzende, Dietmar Muscheid, heute in Mainz.

Bei der Erarbeitung des Tariftreue- und Vergabegesetzes Rheinland-Pfalz und des Gesetzentwurfs für einen flächendeckenden Mindestlohn konnten der DGB und seine Gewerkschaften frühzeitig ihre Vorstellungen einbringen.

Muscheid: „Bei diesen Gesetzgebungsvorhaben zeigte sich, dass die Landesregierung die Gewerkschaften ernst nimmt und ihren Sachverstand nutzt. Für andere Bereiche, insbesondere für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, vermissen wir dieses Grundverständnis.“

gekürzt aus: DGB-RLP-PRESSEMITTEILUNG 183/2007; 30.12.2007

2008

Am **07.01.2008** forderte der Ministerpräsident angemessene Lohnerhöhungen. Gut so, sagte der DGB – das muss dann aber auch für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst gelten!

Lohnerhöhungen

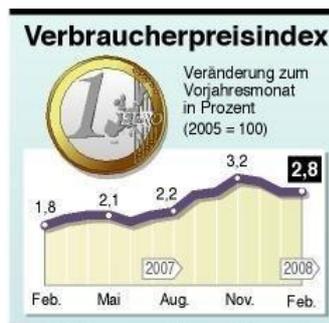
Die erneute Forderung des SPD-Vorsitzenden Kurt Beck, den Arbeitnehmern in 2008 angemessene Lohnerhöhungen zuzubilligen, sei begrüßenswert, sagte der rheinland-pfälzische DGB Landesvorsitzende, Dietmar Muscheid, heute in Mainz.

Muscheid: „Es ist Zeit, den Beschäftigten endlich den Anteil an der Konjunktur zu geben, der ihnen zusteht. Glaubwürdig ist die Forderung von Kurt Beck allerdings erst, wenn er im eigenen Land bei den Beamtinnen und Beamten umsetzt, was er für die Arbeitnehmer fordert. Die Lehrer und Polizisten dürfen nicht von der allgemeinen Lohnentwicklung abgekoppelt werden.“

gekürzt aus: DGB-RLP-PRESSEMITTEILUNG 003/2008; 07.01.08

Diese Auseinandersetzung setzte sich im Rahmen der Tarifrunde 2008 für Bund und Kommunen (TVöD) fort.

Auch die Verbraucherpreise machten eine angemessene Einkommenssteigerung für den öffentlichen Dienst notwendig, dies erklärte der DGB am **16.01.2008**:



Verbraucherpreise

Die erhebliche Steigerung bei den Verbraucherpreisen verlange eine angemessene Antwort bei den aktuellen Tarifrunden z.B. auch für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst, sagte der rheinland-pfälzische DGB-Landesvorsitzende, Dietmar Muscheid, heute in Mainz.

Auch in Rheinland-Pfalz stiegen die Preise heftig an. Die Verbraucher zahlten im Dezember 2007 2,9% mehr für

die Gesamtlebenshaltung als im Vorjahresmonat, 0,1% mehr als im Bundesdurchschnitt. Deutlich gestiegen sind die Preise vor allem in der zweiten Jahreshälfte, mit einer Teuerungsrate von z. T. mehr als 3%.

Muscheid: „Die gestiegenen Lebenshaltungskosten müssen sich in den Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst mit einem anständigen Lohn-Plus abzeichnen. Die gute konjunkturelle Entwicklung sollte Anlass sein, sich nach langen Jahren der Lohnzurückhaltung jetzt auf die Beschäftigten zu bewegen.“

gekürzt aus: DGB-RLP-PRESSEMITTEILUNG 010/2008; 16.01.08

Ende Januar 2008 schlug der Ministerpräsident Kurt Beck dann vor, den öffentlichen Dienst von spürbaren Lohnsteigerungen auszunehmen. Hierauf reagierte der DGB am **21.01.2008**: Lohnzurückhaltung im öffentlichen Dienst wäre das völlig falsche Signal:

Tarifrunde öffentlicher Dienst

Die Forderung von Kurt Beck, den öffentlichen Dienst von deutlichen Lohnsteigerungen in 2008 auszunehmen, sei den Beschäftigten nicht mehr zu vermitteln, sagte der rheinland-pfälzische DGB Landesvorsitzende, Dietmar Muscheid, heute in Mainz.

Muscheid: „Man kann nicht für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft deutliche Lohnerhöhungen fordern und gleichzeitig die 1,3 Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst hinten anstellen. Nach Jahren der Lohnzurückhaltung muss es auch für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst ein deutliches Plus geben. Die Menschen müssen am Aufschwung

teilhaben. Auch die Beschäftigten in Bund, Ländern und Kommunen, brauchen mehr Geld in der Tasche! Nach Jahren der Lohnzurückhaltung wird eine Rotstiftpolitik für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nicht mehr akzeptiert.“

gekürzt aus: DGB-RLP-PRESSEMITTEILUNG 013/2008; 21.01.08

Am **22.01.2008** machte der DGB noch einmal deutlich: Besoldungserhöhungen und Schuldenabbau schließen sich nicht aus.

Steuereinnahmen

Die vorläufigen Zahlen zur Entwicklung des Steueraufkommens im vergangenen Jahr seien eine weitere Bestätigung der Forderung nach Einkommenserhöhung für die Beamtinnen und Beamten, erklärte der rheinland-pfälzische DGB Landesvorsitzende, Dietmar Muscheid, heute in Mainz.

Finanzminister Ingolf Deubel legt heute die vorläufigen Zahlen für das Haushaltsjahr 2007 vor. Er geht nach einer SWR-Meldung auch für das Jahr 2008 von einem Steuerplus aus.

Muscheid: „Wir begrüßen die Initiativen der Landesregierung für Zukunftsinvestitionen in den Bereichen Bildung und Forschung. Aber es ist an der Zeit, auch etwas für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu tun. Schuldenabbau ist gut und wichtig, aber ein Teil des Steuerplus muss für die Erhöhung der Einkommen der Beamtinnen und Beamten genutzt werden.“

gekürzt aus: DGB-RLP-PRESSEMITTEILUNG 015/2008; 22.01.08

Mitte Februar 2008 legten die Arbeitgeber in den Tarifverhandlungen ein erstes - nicht akzeptables - Angebot vor. Der DGB reagierte darauf am **13.02.2008**:

Tarifrunde öffentlicher Dienst

Das von den Arbeitgebern vorgelegte Angebot habe provokativen Charakter und taue nicht für konstruktive und zügige Verhandlungen. So sei kein vernünftiger Abschluss möglich, sagte der rheinland-pfälzische DGB Landesvorsitzende, Dietmar Muscheid, heute in Mainz.

Muscheid: „Angesichts von jahrelangen Nullrunden für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, ist es zynisch, die Politik der Reallohnverluste für die Angestellten in Krankenhäusern, Kindertagesstätten, in der Verwaltung, oder dem Entsorgungsbereich fortzusetzen.“

Teilhabe der Beschäftigten an der positiven wirtschaftlichen Entwicklung sei notwendig und habe nichts mit der unterstellten Profilierungssucht der Verhandlungsführer der Arbeitnehmer zu tun. Zügige Verhandlungen seien nur dann möglich, wenn Schäuble & Co. ein ernst zu nehmendes Angebot vorlegten.

Neben den Tarifbeschäftigten dürften auch die Beamtinnen und Beamten der Länder nicht von der Lohnentwicklung abgehängt werden. Rheinland-Pfalz geht hier mit schlechtem Beispiel voran. Die 63.000 Beamten in Rheinland-Pfalz haben durch Einkommensverluste in den letzten Jahren wesentlich zur Konsolidierung der öffentlichen Finanzen beigetragen.

gekürzt aus: DGB-RLP-PRESSEMITTEILUNG 028/2008; 13.02.08

Die Auseinandersetzung verlief langsam und zäh – immer wieder musste nachgelegt werden. So auch am **19.02.2008** mit der Forderung, das Land solle bei der Besoldung von Beamtinnen und Beamten beispielhaft vorangehen.

Tarifrunde öffentlicher Dienst

Das Angebot der Arbeitgeber könne keine Grundlage für konstruktive Verhandlungen sein. Auch die Landesregierung täte gut daran, die Teilhabe ihrer

Beamtinnen und Beamten, am Aufschwung zu gewährleisten, so der rheinland-pfälzische DGB Landesvorsitzende, Dietmar Muscheid, heute in Mainz. Muscheid: „Vom Aufschwung, den die Menschen durch Lohnverzicht und Mehrarbeit erst möglich machten, haben die Beschäftigten im öffentlichen Dienst noch nichts gehabt. Ein Plus von 5%, über zwei Jahre gestaffelt, das die Angestellten mit einer auf 40 Stunden verlängerten Arbeitszeit bezahlen sollen, ist nicht mehr als eine Mogelpackung.“

Die finanziellen Spielräume der Kommunen sind in diesem Jahr wieder größer, dank der gestiegenen Steuereinnahmen: „Die Arbeitgeber wären gut beraten, wenn sie dem Rechnung tragen würden. Die Politik muss aufpassen, dass sie nicht die Glaubwürdigkeit verliert. Was in den Diskussionen um Lohnerhöhungen von anderen Branchen gefordert wird, muss auch für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst gelten.“

gekürzt aus: DGB-RLP-PRESSEMITTEILUNG 033/2008; 19.02.08

Vor Ostern, am **11.03.2008**, starteten gleich mehrere Aktionen der Gewerkschaften: Eine Plakataktion unter dem Motto „**So geht das nicht weiter**“ sowie eine Briefaktion an den Ministerpräsidenten Kurt Beck. Rund 500 Rückmeldungen unserer Kolleginnen und Kollegen gingen daraufhin in der Staatskanzlei ein:

Beamtinnen und Beamte

Die Beamtinnen und Beamten hätten in den letzten Jahren durch Kürzungen bei der Bezahlung erheblich zur Konsolidierung der Haushalte beigetragen, dies sei nicht länger hinnehmbar, erklärte der rheinland-pfälzische DGB Landesvorsitzende, Dietmar Muscheid, heute in Mainz.

Muscheid: „Der Landesregierung muss klar sein, dass auch sie bei der Ausgestaltung der Besoldung die verfassungsrechtlichen Vorgaben einzuhalten hat. Wenn ein Polizist bei 40 Stunden Wochenarbeitszeit mit rund 1.600 Euro netto nach Hause gehen muss, bestehen hier begründete Zweifel. Wir werden alle uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzen, um eine bessere Bezahlung zu erreichen, u. a. prüfen wir die Erfolgsaussichten für einen Musterprozess vor den Verwaltungsgerichten.“

Der DGB Rheinland-Pfalz startet heute, gemeinsam mit seinen Mitgliedsorganisationen im öffentlichen Dienst, eine Kampagne, mit vielfältigen Aktivitäten z.B. einer Plakataktion, um auf die Situation der Beamtinnen und Beamten aufmerksam zu machen und möglichst schnell zu einer Veränderung zu kommen.

gekürzt aus: DGB-RLP-PRESSEMITTEILUNG 050/2008; 11.03.08

Am **26.03.2008** startete die Scheckaktion in Richtung auf die Parlamentarier der Regierungsfraktion: Jeder SPD-Abgeordneten erhielt einen Scheck über 12,85 Euro, damit sie wissen, was sie den Beamtinnen und Beamten zumuten.

Das Geld wurde auf Bitte der Abgeordneten an die Hans - Böckler - Stiftung gespendet

Besoldung Beamtinnen und Beamte

Für uns ist die Auseinandersetzung um die Erhöhung der Einkommen für die Beamtinnen und Beamten in Rheinland-Pfalz noch nicht beendet. Das müsse auch den Abgeordneten der Regierungsfraktion klar sein, erklärte der rheinland-pfälzische DGB-Landesvorsitzende, Dietmar Muscheid, heute in Mainz. Nachdem Beamtinnen und Beamte vor Ostern in Briefen an den Ministerpräsidenten erneut auf ihre finanzielle Situation hingewiesen haben, hat heute der DGB in Briefen an die SPD-Abgeordneten deutlich gemacht, was die Besoldungserhöhung in Euro und Cent bedeutet.

Muscheid: „Es klingt gar nicht so schlecht, wenn die Landesregierung erklärt, dass die Beamtinnen und Beamten je nach Besoldungsgruppe eine prozentuale Erhöhung zwischen 1,7% und 0,5% bekommen. In der Praxis aber be-

deutet dies, dass z.B. ein Polizeibeamter in Besoldungsgruppe A10 netto nur 12,85 Euro monatlich mehr bekommt und dass nach mehreren Nullrunden in den letzten Jahren. Deshalb haben wir heute jedem SPD-Abgeordneten einen Scheck über 12,85 Euro geschickt damit die Parlamentarier sich bewusst machen können, was ihnen die Arbeit der Beamtinnen und Beamten im Lande in Euro und Cent wert ist. Es ist ein Märchen, dass es den Beamtinnen und Beamten doch so gut geht. Feuerwehrleute, Polizisten, viele Verwaltungsbeamte, Lehrer und Andere gehören nicht zu den Großverdienern.

gekürzt aus: DGB-RLP-PRESSEMITTEILUNG 058/2008; 26.03.08

Ende März 2008 kam es schließlich zu einem Tarifabschluss für den Bund und die Kommunen: Der DGB beurteilte ihn als vernünftig; für Beamtinnen und Beamte müsse jetzt das Gleiche gelten.

Beamtenbesoldung / Tarifabschluss öffentlicher Dienst

Der gestern von den Gewerkschaften ver.di, GEW und GdP erzielte Tarifabschluss sei ein verantwortbarer Kompromiss und auch für Rheinland-Pfalz finanzierbar, so der rheinland-pfälzische DGB Landesvorsitzende, Dietmar Muscheid, heute in Mainz.

„Die Zeit des ‚Wegduckens‘ und ‚Arm-Rechnens‘ muss jetzt auch für Deubel und Beck vorbei sein. In Anbetracht der Entwicklung der Finanzen des Landes ist die Behauptung, eine Besoldungserhöhung für die rd. 63.000 Beamtinnen und Beamte sei nicht zu finanzieren, unhaltbar. Es reicht nicht, wenn Sozialdemokraten über ‚gute Arbeit und gerechte Löhne‘ reden, Taten sind gefragt.“



Der DGB fordere, den Tarifabschluss unverzüglich und ohne Abstriche auch auf die Beamtinnen und Beamten bei Land und Kommunen zu übertragen, so Muscheid.

gekürzt aus: DGB-RLP-PRESSEMITTEILUNG 061/2008; 01.04.08

Der Kampf um die Besoldung von Beamtinnen und Beamte setzte sich fort. Am **09.04.2008** forderte der DGB die Landesregierung auf, jetzt Versäumtes nachzuholen:

Beamtenbesoldung

Der von den Tarifvertragsparteien für Bund und Kommunen erzielte Kompromiss müsse auch für Rheinland-Pfalz die Messlatte sein, erklärte der rheinland-pfälzische DGB Landesvorsitzende, Dietmar Muscheid, heute in Mainz.

„Wir begrüßen diesen Tarifabschluss. Zur politischen Glaubwürdigkeit gehört jetzt, dieses Tarifergebnis auf die Beamtinnen und Beamten des Landes und der Kommunen zu übertragen. Eine weitere Minus-Runde für die Beamtinnen und Beamten ist nicht akzeptabel. Feuerwehrleute, Polizisten, Lehrer und die Beamtinnen und Beamten in den Verwaltungen und Kommunen haben mehr verdient.“

gekürzt aus: DGB-RLP-PRESSEMITTEILUNG 067/2008; 09.04.08

Die CDU-Landtagsfraktion brachte am **17.04.2008** einen Antrag in den Landtag ein, für Beamtinnen und Beamte eine Erhöhung von 2,9% vorzusehen (gekürzt):

Antrag

der Fraktion der CDU

Beamte und Versorgungsempfänger nicht von der wirtschaftlichen Entwicklung abkoppeln

Der Landtag stellt fest:

Die Beamtinnen, Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfänger haben einen Anspruch auf gerechte Teilhabe an der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung. In diesem Bereich besteht anerkanntermaßen erheblicher Nachholbedarf des gesamten öffentlichen Dienstes.

Diesem Umstand wird die Entwicklung im Besoldungs-, Versorgungs- und Tarifrecht des Bundes und der Länder in den vergangenen Monaten gerecht. So sieht etwa der Tarifvertrag für die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes der Länder ab dem 1. Januar 2008 eine Linearanpassung um 2,9 Prozent vor. Dieses Ergebnis wurde inzwischen auch für die Landesbeamtinnen und -beamten der meisten Bundesländer übernommen; dies gilt insbesondere für die rheinland-pfälzischen Nachbarländer.

(...)

Der Landtag fordert die Landesregierung deshalb auf, einen Gesetzentwurf dahingehend vorzulegen, dass den rheinland-pfälzischen Beamtinnen und Beamten sowie den Versorgungsempfängerinnen und -empfängern eine rückwirkende Erhöhung ihrer Besoldungs- und Versorgungsbezüge um 2,9 Prozent zum 1. Januar 2008 gewährt wird.

Für die Fraktion:
Hans-Josef Bracht

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 11. April 2008

Beamtenbesoldung

Der Antrag der CDU-Landtagsfraktion für die heutige Plenumssitzung sei eine Chance für die Landesregierung Wort und Tat zusammen zu bringen, erklärte der rheinland-pfälzische DGB Landesvorsitzende, Dietmar Muscheid, heute in Mainz.

Die CDU fordert mit einem Antrag für die Beamtinnen und Beamten des Landes Rheinland-Pfalz und der Kommunen, dass die Besoldung rückwirkend zum 01.01.2008 um 2,9% erhöht wird.

Muscheid: „Gerade unter Berücksichtigung des Tarifabschlusses von ver.di für den Bund und die Kommunen ist die Erhöhung der Einkommen für die Beamtinnen und Beamten überfällig. Wer wie die SPD-geführte Landesregierung für andere Bereiche erhebliche Lohnsteigerungen fordert, muss als ‚Arbeitgeber‘ im eigenen Laden glaubhaft bleiben.“

Muscheid: „Diese Landesregierung muss sich die Frage gefallen lassen, was ihr die Arbeit ihrer Beamtinnen und Beamten wert ist. Der Landtag hat heute die Chance ein Zeichen zu setzen.“

gekürzt aus: DGB-RLP-PRESSEMITTEILUNG 072/2008; 17.04.08

Der Durchbruch erfolgte am 30.04.2008: Landesregierung und SPD-Landtagsfraktion beschlossen, das Tarifergebnis der Länder (TV-L) für 2009 und 2010 auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen. Dies sei ein richtiger Schritt, aber nicht ausreichend. Die Kürzungen und Nullrunden der vergangenen Jahre würden nicht ausgeglichen, so das Urteil des DGB:

Beamtenbesoldung

Der DGB begrüße den Beschluss von SPD-Fraktion und Landesregierung, das Tarifergebnis des neu auszuhandelnden Tarifvertrages für die Angestellten der Länder ab 2009 auf die rheinland-pfälzischen Beamtinnen und Beamten übertragen zu wollen, so der rheinland-pfälzische DGB Landesvorsitzende, Dietmar Muscheid, heute in einer ersten Stellungnahme.

„Der Beschluss von Landesregierung und Fraktion ist ein Schritt in die richtige Richtung. Dies ändert aber nichts daran, dass die für 2007 und 2008 beschlossenen Besoldungserhöhungen völlig unzureichend sind.“

gekürzt aus: DGB-RLP-PRESSEMITTEILUNG 081/2008; 30.04.08

Am **06.05.2008** kam der Antwortbrief des Ministerpräsidenten auf die Briefaktion der Gewerkschaften von Mitte März: Demnach werden die Tarifierhöhungen in vollem Umfang auf die Beamtinnen und Beamte übertragen (gekürzt):



DER MINISTERPRÄSIDENT DES LANDES RHEINLAND-PFA

6. Mai 2008

Sehr geehrter Herr

zu Ihrem Schreiben, in dem Sie auf die in den vergangenen Jahren erfolgten Maßnahmen im Bereich des Dienstrechts und insbesondere auf die für 2007 und 2008 vorgesehenen Bezügeerhöhungen hinweisen, möchte ich wie folgt Stellung nehmen:

Ich erkenne wohl, dass die Höhe der im Landesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 2007/2008 geregelten, vom rheinland-pfälzischen Landtag am 12. Dezember 2007 verabschiedeten linearen Bezügeanpassungen von Teilen unserer Beamtinnen und Beamten – und gerade mit Blick auf andere Bundesländer – als unzureichend empfunden wird. Die Höhe dieser Anpassungen ist jedoch letztlich das Ergebnis eines schwierigen Abwägungsprozesses, der neben den nachvollziehbaren Interessen der rheinland-pfälzischen Beamtinnen und Beamten an der Teilhabe an der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung auch die finanziellen Möglichkeiten des Landes zu berücksichtigen hat. In diesem Zusammenhang erkenne ich – gerade im Hinblick auf die von Ihnen aufgezählten Maßnahmen der vergangenen Jahre – ausdrücklich an, dass die Beamtinnen und Beamten unseres Landes in der Vergangenheit bereits wichtige und dankenswerte Beiträge zur Konsolidierung der Landesfinanzen erbracht haben.

Ich darf schließlich darauf hinweisen, dass die für 2007 vollzogene und für 2008 vorgesehene Erhöhung der Bezüge eine temporäre Maßnahme darstellt und im Zusammenhang mit den für 2009 und 2010 angestrebten Erhöhungen bewertet werden müssen. Für diese Jahre ist eine Verbesserung der Besoldung in größerem Umfang geplant, und zwar für alle Besoldungsgruppen mindestens in Höhe des Inflationsausgleichs. Am 30. April 2008 sind die Landesregierung und die SPD – Landtagsfraktion übereingekommen, die Ergebnisse des neu auszuhandelnden Tarifvertrages für die Angestellten der Länder (TV-L), der 2009 Gültigkeit erlangen wird, eins zu eins auf die Beamtinnen und Beamten und die Versorgungsempfängerinnen und –empfänger in Rheinland-Pfalz zu übertragen. Dies gilt auch mit Blick auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens. Ferner ist beabsichtigt, ab 2009 die Jahressonderzahlung in die Grundgehaltstabelle zu integrieren.

Ich bin daher abschließend der Auffassung, dass die derzeitige Bezahlung unserer Beamtinnen und Beamten das verfassungsrechtliche Gebot der amtsangemessenen Alimentation nicht verletzt. Zugleich bitte ich um Verständnis für die Landesregierung, die mit ihrer nachhaltigen Konsolidierungspolitik zum Wohle des Landes und letztlich auch im Interesse der rheinland-pfälzischen Beamtinnen und Beamten handelt.

Mit freundlichen Grüßen

Am **15.05.2008** startete die Großflächenplakatierung in Mainz:

Beamtenbesoldung / Plakataktion

Für uns sei die Auseinandersetzung um die Besoldungserhöhungen für die Beamtinnen und Beamten in Rheinland-Pfalz noch nicht beendet, erklärte der Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Tilman Boehlkau, stellvertretend für die im DGB organisierten Beamtinnen und Beamten, heute in Mainz: „Es ist ja schön und gut, dass sich die SPD-Landtagsfraktion für 2009 an das Tarifergebnis der Länder binden will.

Wir streiten im Augenblick aber noch um die Übernahme des Tarifergebnisses aus dem Jahre 2006. Beamtinnen und Beamten haben in den letzten Jahren erhebliche Reallohnverluste hinnehmen müssen. Auch für sie sind Energiepreise und Mehrwertsteuer gestiegen. Viele Pensionärinnen und Pensionäre müssen weitere Null-Runden hinnehmen. So geht das nicht weiter!“



Unter dem Motto „Beamtinnen und Beamte haben mehr verdient!“ weisen DGB und Gewerkschaften durch eine Plakataktion in unmittelbarer Nähe zu

Finanzministerium und Abgeordnetenhaus auf die berechtigten Forderungen der Beamtinnen und Beamten hin.

gekürzt aus: DGB-RLP-PRESSEMITTEILUNG 090/2008; 15.05.08

Die Aktion fiel auf ein positives Echo in den Medien:

Rheinzeitung – Ausgabe Mainz, 15.05.2008



Gewerkschafter finden: "Beamtinnen und Beamte haben mehr verdient"

Rheinland-Pfalz will dem überwiegenden Teil seiner Beamten auch für 2008 eine Gehaltserhöhung von 0,5 Prozent zukommen lassen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Mitgliedsgewerkschaften im öffentlichen Dienst fordern indes die Übertragung des Tarifabschlusses für die Länder 2006 und damit eine lineare Erhöhung von 2,9 Prozent rückwirkend ab 1. Januar. Mit einer Plakataktion in der Nähe des Finanzministeriums untermauerten (von links) die Gewerkschafter Heinz-Werner Gabler (Landesvize der Gewerkschaft der Polizei), Astrid Clauss (DGB), Plakat-Model Steffi Loth (Vorsitzende der Landesfrauengruppe GdP) sowie Tilman Boehlkau, Landesvorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die Forderung. ■ Foto: J. Rau

Am **27.05.2008** fand ein Spitzengespräch mit dem Finanzminister und Innenminister statt, in dem noch einmal ausdrücklich erklärt wurde, dass sich das Land an das Tarifergebnis bindet.

Am **09.12.2008** hat der DGB die Landesregierung an ihr Versprechen erinnert, das Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten übertragen zu wollen:

Besoldung 2009

Der Tarifabschluss Anfang 2008 für Bund und Kommunen habe auch für die Länder Signalwirkung, erklärte der rheinland-pfälzische DGB-Landesvorsitzende, Dietmar Muscheid, heute in Mainz.

Die Tarifrunde Länder ist auch Richtungweisend für die rund 60.000 Beamtinnen und Beamten in Rheinland-Pfalz. Landesregierung und SPD-Landtagsfraktion haben mehrfach öffentlich erklärt, dass sie das Tarifergebnis zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden.

Muscheid: „Wir erinnern Landesregierung und Regierungsfraktion an ihr Versprechen. Beamtinnen und Beamten haben in den vergangenen Jahren erhebliche Opfer gebracht und müssen jetzt an der allgemeinen Lohnentwicklung teilhaben.“

gekürzt aus: DGB-RLP-PRESSEMITTEILUNG 195/2008; 09.12.08

Im Rahmen der mehr als schwierigen Tarif- und Besoldungsrunde Länder (TV-L) haben sich rund 2000 Beamtinnen und Beamten an den zentralen Kundgebungen am **12. und 26. Februar 2009** in Mainz beteiligt.



Nach schwierigen Tarifverhandlungen wurde am **01. März 2009** ein Ergebnis vorgelegt, dem alle DGB Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in zugestimmt haben.

Die Landtagsfraktionen in Rheinland-Pfalz haben am **19. März 2009** einen gemeinsamen Gesetzentwurf zur **zeit- und inhaltsgleichen Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten** in den Landtag eingebracht, wo er am **25. März 2009** endgültig beschlossen worden ist.

Der wesentliche Inhalt:

Für die **Monate Januar und Februar 2009** wird ein Einmalbetrag in Höhe von insgesamt 40 Euro gezahlt.

Zum **01. März 2009** wird der Tabellenbetrag um 40 Euro (Sockelbetrag) erhöht und danach erfolgt die lineare Erhöhung von 3 v. H.

Zum **01. März 2010** erfolgt eine weitere lineare Erhöhung von 1,2 v. H.

Die **Versorgungsbezüge** für die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger werden entsprechend angepasst. Sie erhalten die Einmalzahlung anteilig. Die Erhöhungen in 2009 gelten in Bezug auf den Anpassungsfaktor (Kürzung um 0,54% wegen der Absenkung des Versorgungsniveaus) als ein Anpassungsschritt.

Die **Anwärtervergütungen** werden zum 01. März 2009 um 60 Euro und zum 01. März 2010 um 1,2 v. H. erhöht.

Mit dem vorgelegten Gesetzentwurf werden zwei jahrelange Forderungen des DGB und seiner Gewerkschaften erfüllt:

- Die Sonderzahlung („Weihnachtsgeld“) wird bei den betroffenen Zahlungen (Tabelle, Familienzuschlag etc.) eingebaut. Sie kann damit nicht weiter gekürzt bzw. gestrichen werden und ist auch zukünftig dynamisiert.
- Das Tarifergebnis für die Länder wird zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten bei Land und Kommunen übertragen.